Verbesserungen für ältere Menschen ins Visier genommen (Meschede)

28.04.2013

(BRH NRW/Meschede) Die Landesseniorenvertretung NRW (LSV) hat sich auf ihrer ordentlichen Mitgliederversammlung in Meschede mit Themen beschäftigt, die ältere Menschen angehen und deren Umsetzung sich auch der Seniorenverband BRH NRW auf die Fahne geschrieben hat.

Da ging es zum Beispiel um die Gebührenbefreiung von Rundfunkbeiträgen, insbesondere für Inhaber eines Schwerbehindertenausweises. Die kürzliche Abschaffung der Rundfunkgebührenbefreiung mit dem neuen Rundfunkbeitrag 2013 war eine erhebliche Schlechterstellung dieses Personenkreises. Auch die BRH-Bundesvorsitzende Gerti Schäffler-Kroner hatte sich während ihrer Amtszeit bis April engagiert in dieser Sache eingesetzt.

BRH Landesvorsitzender Hans Burggraf - auf unserem Foto mit LSV-Chefin Gabi Schnell - unterstützte vielfältige Bemühungen der Landesseniorenvertretung, die der Verbesserung der Situation älterer Menschen dienen sollen.

Außerdem soll sich die Landesseniorenvertretung dafür einbringen, dass ältere Menschen in Banken und Sparkassen bei der Bedienung der dort aufgestellten Geldautomaten kostenlose Unterstützung erhalten. Auch dies ist ein älteres Thema des Seniorenverbandes BRH, der mehrfach schon zusätzlich in den Banken und Kassen für ältere Menschen besondere Informationsstände mit personeller Besetzung gefordert hat.

Natürlich waren die Ungerechtigkeiten von Anrechnungszeiten für Kindererziehung bei der Rentenberechnung - Mütter bis 1992 bekommen nur ein Jahr, Mütter ab 1992 drei Jahre Anrechnungszeit pro Kind - ein Thema. Auch dies wird seit Jahren engagiert von der Kollegenschaft Ingeborg Kölling und Jürgen Krall im BRH NRW verfolgt.

Zudem soll die Nutzung auf den Schienen und im Busverkehr für Senioren vereinfacht und sicherer, außerdem eine behindertengerechte Zugänglichkeit von Arztpraxen verfolgt werden.

Ein interessanter Vorschlag kam ganz neu ins Gespräch: In den Kommunen NRW sollen Verzeichnisse von Sitzbänken erstellt werden, um in Notfällen bei Bedarf ein schnelleres Auffinden von Hilfebedürftigen durch Rettungsdienste zu ermöglichen.

Zur Nachrichtenübersicht